

An die
der Stadt Ansbach
Joh.-Seb.-Bach-Platz 1

Frau Carda Seidel

91522 Ansbach

Ansbach, 07.06.2011

Antrag Sitzung BA, 09.06.11, TOP 11: US-Bauvorhaben

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Seidel,

der Bauausschuss des Ansbacher Stadtrats möge beschließen:

- 1. Die Stadt Ansbach lehnt die US-Bauvorhaben TOP 11 c) und d) ab.*
- 2. Die Stadt Ansbach fordert mit Blick auf die US-Bauvorhaben TOP 11 a) und b) sowie weiterer anstehender Bauvorhaben der temporär in Ansbach stationierten Gaststreitkräfte die Präsentation einer mittelfristigen Gesamtplanung von Bauvorhaben auf den dem US-Militär zum Zwecke der Landesverteidigung der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung gestellten Liegenschaften ein. Bis zur Vorlage aussagekräftiger Unterlagen wirkt die Stadt Ansbach bei den zuständigen Baubehörden auf eine Aussetzung anhängiger Kenntnisgabe- und Zustimmungsverfahren nach dem BauGB und der BayBo hin.*

Begründung

zu 1.) Die ohne ordentliches Verfahren bereits begonnene Errichtung von Stacheldrahtzäunen um im Flächennutzungsplan der Stadt Ansbach als Acker- und Grünland ausgewiesene Flächen stellen eine Erweiterung der militärischen Liegenschaften dar, für die derzeit keine Nutzung vorgesehen ist. Die Begründung der US-Armee, aus Sicherheitsgründen diese Umzäunung vorzunehmen, ist daher haltlos. Vielmehr muss es im Interesse der Stadt Ansbach liegen

- den weiteren Erwerb von Flächen zum Zwecke der militärischen Erweiterung ohne Kenntnis der Stadt zu verhindern,
- den Flächennutzungsplan der Stadt Ansbach nicht zu einem Papiertiger abzuwerten, indem beliebig Flächen zweckentfremdet werden können,
- dem Rechtsempfinden der BürgerInnen unserer Stadt genüge zu tun, indem die Einzäunung von Freiflächen nicht nur gegenüber privaten Grundbesitzern, sondern auch gegenüber dem Militär sanktioniert wird; zudem keine Schwarzbauten nachträglich legitimiert werden,
- auf die Erfüllung des am 13.11.08 mit großer Mehrheit gefassten Stadtratsbeschluss, in

dem die US-Armee explizit aufgefordert wird, auf die Errichtung von weiteren Zaunanlagen zu verzichten, zu bestehen,

- den Landschaftsschutz gerade in unmittelbarer Nähe zum Naturpark Frankenhöhe durch mehrere hundert Meter lange und drei Meter hohe Zaunanlagen nicht zu beschädigen

zu 2.) Die sich in den letzten Monaten stetig häufende Zahl von Kenntnissgabeverfahren mit Bezug auf militärische Bauvorhaben in der Stadt unterliegen offenbar keiner Gesamtkonzeption. Parallel sollen am Urtas und in der Bismarck-Kaserne etwa mehrere KfZ-Werkstätten und Gefahrstofflager errichtet werden. Ob es sich um Ersatz- oder Erweiterungsvorhaben handelt, bleibt dabei unklar. Gleichzeitig werden Pläne zur Errichtung weiterer großer Gemeinschaftsunterkünfte auf dem Areal der Katterbacher Kasernen bekannt, was dokumentierten Aussagen des Militärs vom 13.11.08, wonach bestehende Gemeinschaftsunterkünfte durch Doppelhäuser ersetzt werden sollten, grundsätzlich widerspricht.

Ein Großteil der in den letzten Wochen bekannt gewordenen Pläne lassen den Schluss zu, dass seitens des Militärs entweder eine zunehmende Einigelung und Abschottung gegenüber der Außenwelt oder aber die Schaffung von Potenzialen zur Aufstockung von Truppen sowie Kampfhubschraubern ins Auge gefasst wird. Beide Optionen stehen diametral den Absichten der Stadt, für mehr Integration und gegen weitere Aufrüstung zu wirken, entgegen.

Um vorausschauende Einschätzungen der Entwicklung der Militärpräsenz in Ansbach leisten und weitere Baurechtsverstöße bereits im Vorfeld verhindern zu können, ist daher die Unterbreitung einer mittelfristigen Gesamtplanung von Militärprojekten in Ansbach dem Stadtrat gegenüber unabdingbar.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Boris-André Meyer

Stadtrat